



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

## Rundschreiben Nr. 26

September 2020

### 1. Sambia: KEESA-Brief zu Massenentlassungen bei Mopani während der Covid-19-Krise

Die Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie haben besonders im Globalen Süden massive Folgen auf das Leben der Menschen. So auch in Sambia, von wo Anfang April eine negative Nachricht bei uns eintraf: Mopani Copper Mines (MCM) - zu 73 Prozent im Besitz von Glencore - habe ohne Vorwarnung ihre Minen in Mufulira geschlossen und auf «care und maintenance» gestellt, d.h. die Aktivitäten untertags sind gestoppt, nur die Instandhaltung der Anlagen wird aufrechterhalten. Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern wissen von einem Tag auf den anderen nicht, ob sie ihre Arbeit verloren haben oder nicht. Ob sie eine Entschädigung erhalten werden oder ihnen eine Zwischenlösung angeboten wird, ist ebenfalls nicht bekannt. Kommt dazu, dass wohl die Mehrheit der Arbeiter\*innen, wahrscheinlich rund die Hälfte, über so genannte «contractors» (Personalverleiher) angestellt sind. Deren Verträge wurden de facto per April aufgelöst.

Angesichts dieser dramatischen Lage hat das *Mufulira Civil Society Organisations Forum* die KEESA gebeten, einen Brief zuhanden von Glencore zu schreiben. Anfang Mai haben wir Glencore ein Schreiben zukommen lassen, welches vom *Mufulira Civil Society Organisations Forum*, SOLIFONDS, Alternative – die Grünen Zug und MultiWatch mitunterschieden wurde. Darin haben wir den Zuger Rohstoffmulti auf die prekäre Lage der Arbeiter\*innen hingewiesen – die meisten von ihnen stünden ohne Einkommen und soziale Absicherung da. Des Weiteren wurde die fehlende Rücksicht auf die sambische Gesetzgebung moniert, da Mopani die vorgeschriebene 90 Tage Frist für eine Schliessung ignoriert hatte. Einmal mehr wurde die lokale Zivilgesellschaft nicht informiert und schon gar nicht in die Diskussionen eingebunden. Wir fragten Glencore auch, wie sie die Arbeiter\*innen vor den Folgen dieser Entlassungen und der Pandemie zu schützen gedenke.

In der Zwischenzeit hatte MCM wegen den negativen Reaktionen auf die Schliessung - zum Beispiel durch die sambische Regierung - die Mine wieder geöffnet, um die 90 Tage Frist einzuhalten. Die *care-and-maintenance*-Phase begann deshalb erst am 1. August.

Ende Mai hat Glencore mit einem ausführlichen Brief auf unsere Fragen reagiert, jedoch nicht alle davon beantwortet. Namentlich die Frage, wie es nach dem 1. August insbesondere für die über «contractors» angestellten Arbeiter\*innen weitergeht, blieb unbeantwortet. Ende Juli haben wir Glencore deshalb erneut angeschrieben, eine Antwort steht noch aus.

### 2. Sambia: Laura Miti wurde freigesprochen und mehr Nachrichten zu Mopani

Sie erinnern sich vielleicht, dass wir im letzten Rundschreiben (Nr. 25 Februar 2020) von der Festnahme von Laura Miti, Direktorin der sambischen NGO *Alliance for Community Action* (ACA), ihres Kollegens Bornwell Mwewa sowie des Rappers und Aktivisten PilAto informierten. Die KEESA wandte sich mit einem Protestbrief an Sambias Aussenminister Malanji mit der Forderung, die drei Menschenrechtsverteidiger\*innen freizulassen. Alle drei wurden angeklagt, aber Anfang September kam die gute Nachricht: Laura Miti und Bornwell Mwewa wurden freigesprochen, alle Anklagepunkte gegen PilAto wurden fallengelassen.

Die sambische Regierung hatte in der Vergangenheit immer wieder angedroht, MCM zu verstaatlichen (siehe Rundschreiben Nr. 24 Juni 2019). Gemäss Medienberichten von Ende August



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

verhandelt Präsident Lungu derzeit mit Glencore über eine Erhöhung der Beteiligung Sambias an MCM. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob sich diese Meldungen bestätigen oder nicht.

Eine gute Nachricht aus Mufulira: Der Oberste Gerichtshof in Sambia hat das erstinstanzliche Urteil gegen Glencore im Fall Mithi bestätigt. Beatrice Mithi war eine Lokalpolitikerin aus Mufulira, die vor sechs Jahren an den Folgen von Schwefeldioxydausstößen von MCM starb. Ein erstinstanzliches Urteil hatte Glencore zur einer Entschädigungszahlung an die Hinterlassenen verurteilt. Dieses Urteil wurde von Glencore jedoch weitergezogen. Der Entscheid des Obersten Gerichtes ist ein wichtiges Signal an Glencore, es kann allenfalls weiteren zivilrechtlichen Klagen den Weg ebnen. Fraglich ist jedoch, ob es deshalb zu einer unmittelbaren Verbesserung der Situation in Mufulira kommt.

### 3. Covid-19-Krise: Wir fordern Schuldenerlass der Schweizer Banken für die armen Länder!

Die wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Krise zeigen sich auch in einer sich immer weiter verschärfenden Schuldenkrise für die armen Ländern. Verschiedene Staaten wie auch zivilgesellschaftliche Organisationen fordern deshalb eine Schuldentilgung für die ärmsten Länder. So auch die *Jubilee Debt Campaign UK*, die mit weiteren 240 Organisationen weltweit, darunter die KEESA, den Schuldenerlass für arme Länder wie beispielsweise Mosambik oder Simbabwe fordern. Die Erklärung (Englisch) finden Sie unter folgendem Link: <https://jubileedebt.org.uk/a-debt-jubilee-to-tackle-the-covid-19-health-and-economic-crisis-2>.

Die Forderungen der *Jubilee Debt Campaign UK* sind nicht nur an die Geberstaaten gerichtet, sondern auch an private Gläubiger. Viele Staaten wie die Schweiz vergeben kaum noch bilaterale Kredite, vielmehr werden Kredite über multilaterale Instrumente wie IWF oder Weltbank abgewickelt. Dagegen wächst die Bedeutung von privaten Gläubigern wie beispielsweise der Banken. Ein Augenschein auf den Schweizer Fall zeigt, von welchen Beträgen die Rede ist. Gemäss unveröffentlichten Zahlen der Schweizerischen Nationalbank belaufen sich die öffentlichen Schulden der 86 ärmsten Staaten der Welt bei rund 40 Schweizer Banken auf 5,7 Milliarden Schweizer Franken. 5,7 Milliarden Schweizer Franken sind gut die Hälfte des Budgets für die internationale Zusammenarbeit der Schweiz in den nächsten vier Jahren.

Alliance Sud hat deshalb die Forderungen der *Jubilee Debt Campaign UK* aufgenommen und zusammen mit der KEESA und neun weiteren entwicklungspolitischen Organisationen Anfang Juni einen Schuldenerlass der Schweizer Banken gefordert. Der Bundesrat soll des weiteren einen Runden Tisch einberufen, um über die Modalitäten eines solchen Erlasses zu verhandeln. An diesem sollen auch zivilgesellschaftliche Akteure aus den Schuldnerländern beteiligt sein. Weitere Informationen finden Sie in der Medienmitteilung: <https://www.alliancesud.ch/de/politik/steuer-und-finanzpolitik/schweizer-banken-sollen-schulden-erlassen>.

Eine Interpellation von Nationalrat Fabian Molina, welche in der Sommersession eingereicht wurde, nimmt diese Forderung auf: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203195>.



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

### 4. Simbabwe: korrupter Beschaffungsauftrag mit Schweizer Beteiligung

Anfang April erteilte das simbawische Gesundheitsministerium über Natpharm, die staatliche Beschaffungsstelle für Medikamente und Spitalgüter, einen Beschaffungsauftrag in der Höhe von 60 Millionen US-Dollar an die in der Schweiz domizilierte Firma Drax SAGL. Damit sollte Simbabwe medizinische Güter erhalten für den Einsatz im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie.

Im Juni flog der Skandal jedoch auf: Wegen einer verdächtigen Überweisung aus Simbabwe nach Ungarn leitete die Interpol eine Untersuchung gegen den nur wenige Wochen zuvor gegründeten ungarischen Ableger von Drax ein. Ein Bericht der Onlineplattform ZimLive nahm die Meldung auf und wies auf verschiedene intransparente und dubiose Punkte des Beschaffungsauftrages hin. Wieso hatte die simbabweische Regierung den Auftrag nicht ausgeschrieben wie gesetzlich verlangt? Wie kam Drax überhaupt zu dem Auftrag, obwohl die Firma nicht im Register der Lieferfirmen eingetragen war, wie es das Gesetz vorschreibt? Und weshalb die übersteuerten Preise für die medizinischen Güter? Der Bericht wies auch auf die zwielichtige Figur des simbabweischen Mittelsmannes von Drax hin, Delish Nguwaya, der in der Vergangenheit wegen Erpressung und Kokainhandel strafrechtlich belangt worden war. Als Folge der Veröffentlichungen wurde Gesundheitsminister Moyo gefeuert und Nguwaya wegen Betrug angeklagt.

Hopewell Chin'ono, einer der Journalisten, die zur Bekanntmachung des Falles beigetragen und auf eine Verbindung zur Familie des Präsidenten hingewiesen hatte, wurde im Juli festgenommen und erst nach sechs Wochen Gefängnis Anfang September auf Kautions wieder freigelassen. Ein Verfahren gegen ihn ist am Laufen. Sein Fall zeigt, dass Journalist\*innen, politische Aktivist\*innen, Gewerkschaftler\*innen sowie Menschenrechtsverteidiger\*innen in Simbabwe immer stärker der Repression ausgesetzt sind. Die simbabweische Regierung nimmt die Covid-19-Krise zum Vorwand, um kritische Stimmen zu ersticken.

Das korrupte Beschaffungsgeschäft mit Drax, einer Briefkastenfirma aus Lugano, zeigt einmal mehr, dass die Regulierung von Dienstleistungsanbietern wie Notaren und Anwälten in der Schweiz dringend nötig wäre. Eine Gelegenheit dazu wäre die Verschärfung des Geldwäschereigesetzes, welches gegenwärtig im Parlament diskutiert wird. Das vom Bundesrat vorgeschlagene revidierte Gesetz sieht unter anderem vor, dass die Sorgfaltspflichten neu nicht nur für Finanzintermediäre und Händler gelten sollen, sondern auch für Personen, die bestimmte Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Gründung, Führung oder Verwaltung von Gesellschaften und Trusts erbringen. Doch genau diese wichtige Neuerung geht dem Nationalrat und der Rechtskommission des Ständerates zu weit und soll gestrichen werden.

Die KEESA wird am Fall Drax-Simbabwe dran bleiben. Auf parlamentarischer Ebene hat sie angeregt, dass er in der laufenden Herbstsession diskutiert wird. Nationalrat Fabian Molina hat zum Fall Drax und der Situation von Simbabwe Fragen an den Bundesrat eingereicht, siehe: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20205552>  
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20205553>

### 5. Simbabwe: ABB umging angeblich die Zahlung von Steuern in Millionenhöhe

Anfang September kam bereits die nächste Negativschlagzeile betreffend eine Schweizer Firma in Simbabwe. Dieses Mal steht der Energie- und Automationstechnik-Konzern ABB im Zentrum. Wie die Journalisten Tatenda Chitagu und Will Fitzgibbon vom Investigativjournalismus-Netzwerk ICIJ



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

berichteten, soll ABB Simbawe versucht haben, Steuern in der Höhe von 13,4 Millionen USD zu umgehen, indem die Firma ihrem südafrikanischen Ableger ABBZA einen öffentlichen Auftrag der simbabwischen Regierung im Untervertrag weiterreichte. Dies aber lediglich mündlich - allem Anschein nach, um der simbabwischen Steuerbehörde die Rückverfolgung der Dienstleistungen zu erschweren, so im Audit der simbabwischen Steuerbehörde Zimra. Ausserdem auferlegt Zimra der ABB eine Strafzahlung von 4,7 Millionen USD. ABB hat gegen das Audit Beschwerde eingelegt.

### 6. Mosambik: Neues zu den illegalen Schulden sowie der Konflikt in Cabo Delgado

Das Verfassungsgericht von Mosambik erklärt in einem Urteil im Mai die illegalen Kredite an MAM und Proindicus für nichtig. Die NGO Nweti, Teil des zivilgesellschaftlichen Zusammenschlusses *Budget Monitoring Forum* FMO, hatte zusammen mit 2000 Bürger\*innen den Fall vor das mosambikanische Verfassungsgericht gebracht. Das Gericht argumentierte, dass die Kredite weder vom mosambikanischen Parlament genehmigt noch im Staatsbudget aufgeführt worden seien. Die Kredite seien deshalb inexistent. Die Situation des dritten Kredites, derjenige an Ematum, sei zwar etwas komplizierter, da neue Bonds für diesen Kredit tatsächlich vom Parlament genehmigt wurden. Dennoch sei der ursprüngliche Ematum-Kredit ebenfalls illegal. Dieses Urteil stärkt die Position von Mosambik in der laufenden Klage von Credit Suisse, VTB und Privinvest gegen Mosambik am Obersten Gericht in London. Zuvor hatte Mosambik gegen Credit Suisse, VTB und Privinvest geklagt und die Rückerstattung von Gebühren, Zinszahlungen und Schuldentilgung gefordert.

Währenddessen eröffnete die schweizerische Bundesanwaltschaft in Zusammenhang mit dem Kreditskandal ein Strafverfahren gegen unbekannt. Ausgelöst wurde dieses Verfahren durch ein Rechtshilfegesuch der Regierung Mosambiks sowie eine Eingabe bei der Meldestelle für Geldwäscherei. Die Credit Suisse ist in diesem Verfahren anscheinend nicht angeklagt.

Aktuell erscheint Mosambik aufgrund des Konfliktes in Cabo Delgado in den Medien. Gerade in den internationalen Medien aber auch im offiziellen Diskurs Mosambiks ist dabei von IS-Anhängern die Rede. Vertiefte Analysen weisen jedoch daraufhin, dass der kriegerische Konflikt wesentlich komplexere Facetten aufweist, als die islamistische Terror-Theorie suggeriert. Vielmehr scheint der sich zu einem Bürgerkrieg entwickelnde Konflikt Folge von bereits lange bestehenden sozialen Konflikten, die sich mit der Entdeckung der Gasfelder vor der Küste der Provinz Cabo Delgado weiter verschärft haben. Die Region im Norden Mosambiks ist von Armut und krasser Ungleichheit geprägt. Der Ressourcenreichtum hat zu Vertreibung und Armut geführt – nur wenige junge Menschen finden Arbeit in den extraktiven Projekten. Meldungen zu Folge sollen von den auf rund 30'000 geschätzten Arbeitsstellen um die Gasfelder lediglich 2500 für die lokale Bevölkerung reserviert sein. Ethnische und religiöse Zugehörigkeiten decken sich mit politischer Parteizugehörigkeit und somit Zugang zu oder Ausschluss von Ressourcen. Die islamistischen Gruppierungen haben ein leichtes Spiel, in diesem Kontext zu rekrutieren.

### 7. Südafrika: Amadiba Crisis Committee bekämpft die Autobahn N2 entlang der Küste

Das Amadiba Crisis Committee (ACC) kämpft weiterhin gegen das Xolobeni-Minenprojekt (siehe zuletzt Rundschreiben Nr. 23 Januar/ 2019). Aktuell treibt SANRAL, die für die Instandhaltung und Erweiterung von Südafrikas Transportwegen verantwortliche parastaatliche Firma, den Bau der



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

umstrittenen N2 an der Wild Coast voran. SANRAL versucht trotz des Widerstandes der betroffenen Gemeinden, vollendete Tatsachen zu schaffen, indem sie nicht autorisierte Markierungen anbringt.

Die Sprecherin des ACC, Nonhle Mbuthuma, stellte in einem Fernsehinterview klar, dass die Strasse ursprünglich im Inneren Amadibas hätte verlaufen sollen. Diesem Verlauf hatten die betroffenen Gemeinden zugestimmt, da sie der Lokalbevölkerung den notwendigen Anschluss ermöglichte, ohne die Umwelt zu zerstören oder landwirtschaftlich genutztes Land zu beanspruchen. Als jedoch die Titaniumvorkommen an der Küste entdeckt wurden, kam es zu einer Änderung des Strassenverlaufs, der neu in Küstennähe verlaufen soll. Der australischen Minengesellschaft MRC kommt dies entgegen, hingegen würde dieser Verlauf den Lebensunterhalt der Bewohner zerstören, in einer Zeit, mit steigender Arbeitslosigkeit.

### 8. Südafrika: Gerichtsurteil bestätigt - Räumungen während Pandemie sind illegal

Eigentlich ist die Covid-19-Verordnung Südafrikas klar. Räumungen sind während des Lockdowns nicht erlaubt. Dennoch haben wir immer wieder Meldungen von Partnerorganisationen wie Abahlali baseMjondolo erhalten oder in den Medien gelesen, dass die Räumung von informellen Siedlungen zum Teil mit brutaler Gewalt durchgeführt werden. Die *South African Human Rights Commission* (SAHRC) und die Bewegung *Housing Assembly* aus dem Western Cape haben einen Räumungsfall vor Gericht gezogen und Ende August bestätigte das Oberste Gericht im Western Cape: Die Räumungen während des Lockdowns waren illegal.

Das Urteil ist ein wichtiger Erfolg für die Obdachlosen, die während des gesamten Lockdowns nicht nur für Wasseranschluss und notwendige Sanitäreinrichtungen kämpften, sondern auch Räumungen widerstehen mussten. Ob das Urteil allerdings weitere Räumungen verhindert, wird sich erst zeigen müssen.

### 9. Südafrika: Marikana, auch acht Jahre danach keine Gerechtigkeit

Zum 8. Mal jährte sich am 16. August das Marikana-Massaker. Bis heute ist dieses weder vollumfänglich aufgeklärt worden, noch haben die Familien der 34 ermordeten Minenarbeiter eine Entschädigung erhalten. Zwar kamen während der letzten acht Jahre neue Beweise und Tatsachen ans Licht - Wie beispielsweise, dass Cyril Ramaphosa, der heutige Präsident Südafrikas und früheres nicht-geschäftsführendes Mitglied der Firma Lonmin, die Polizei angehalten hatte, gegen die Streikenden vorzugehen. Doch bis heute wurde niemand für das Massaker zur Verantwortung gezogen. Eine unbefriedigende Ausnahme ist die Anklage von 2018 gegen neun Polizisten, die für den Tod von zwei Minenarbeitern verantwortlich gemacht werden. Das Verfahren wurde dieses Jahr durch die Covid-19-Krise noch weiter hinausgezögert.

Weiterhin herrscht der von Behörden, Polizei und Minenfirma bestimmte Diskurs, wonach die Minenarbeiter das Massaker mit ihren angeblich gewalttätigen Aktionen herbeigeführt hätten. Eine Abkehr dieses Diskurses und eine offene Auseinandersetzung mit der Polizeigewalt fand bisher nicht statt. Die Farlam-Kommission, welche die Geschehnisse von Marikana untersuchen sollte, hatte eine Expert\*innen-Gruppe damit beauftragt, Empfehlungen für die Überarbeitung der Reglemente zum polizeilichen Umgang mit der öffentlichen Ordnung zu erarbeiten. 2018 übergab diese der Regierung einen 400-seitigen Bericht, aber bis heute hat weder das südafrikanische Parlament noch die Öffentlichkeit diesen Bericht gesehen oder beraten. Umso wichtiger ist es deshalb, dass der



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

öffentliche Druck aufrecht erhalten bleibt, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft und aus dem Massaker die nötigen Lehren gezogen werden.

### 10. In eigener Sache

Seit 1998 verfolgen die Aktivist\*innen der KEESA die Entwicklungen im Südlichen Afrika und setzen sich kritisch mit den Beziehungen zwischen der Schweiz und dieser Region auseinander. Trotz geringer Mittel sind dabei zahlreiche Kontakte zu Partnerorganisationen entstanden und viel Wissen angehäuft worden. Diese Kompetenz wollen wir erhalten.

Helfen Sie uns, die KEESA als Referenzstelle für das Südliche Afrika in der Schweiz zu festigen und machen Sie in Ihrem Umfeld auf uns aufmerksam! Aufgrund ungünstiger Entwicklungen in der internationalen Zusammenarbeit sind wir vermehrt auf private Spenderinnen und Spender angewiesen.

***Wir suchen auch weiterhin Interessierte, die bei uns mitarbeiten wollen.***

**Unterstützen Sie uns mit einer Spende!**

**Wir danken Ihnen herzlich für Ihr Interesse und Ihre bisherige Unterstützung.**

Freundliche Grüsse

Aurora García, Koordinatorin KEESA